

Ostdeutsche Presse.

Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.
Wöchentlich drei Gratis-Beilagen: „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),
„Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark), „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).
Außerdem „Verlosungsliste“ (14 tágig).

In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-Strasse 20,
oder aus einer unserer Ausgabestellen vierteljährlich 1,75 Mark, für 2 Monate 1,20 Mark,
für 1 Monat 0,60 Mark.

Frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 0,70 Mk.
Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen und kostet die Zeitung
vierteljährlich 2 Mark.



Anzeigen nehmen außerhalb sämtlicher Zeitungen an; außerdem Rudolf Mosse, Saakenstein u.
Boyer, G. L. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Nebenplätzen; Bernhard Arndt
in Berlin; Heinrich Eisler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Stettin; Sociétés Havas Lafitte
& Co., Paris, 8 Place de la Bourse. Moïse Stern, Wien, I, Schulerstrasse 14.

Die 7-gespaltene Beitzelle oder deren Raum kostet 20 Pf. Arbeitsmarkt 15 Pf.
Reklamen-Zeile 50 Pf. Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden
unentgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die
Anschlagtafeln geheftet wird.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn das Porto beigesetzt war.

29. Jahrgang.

Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.

29. Jahrgang.

Nr. 226.

Bromberg, Dienstag, den 26. September.

1905.

Anlässlich des Vierteljahreswechsels

richten wir an unsere Leser die Bitte, die
Neubestellung auf die „Ostdeutsche Presse“
rechtzeitig bewirken zu wollen, damit im
Bezuge unseres Blattes keine Unterbrech-
ung eintritt.

Ostdeutsche Presse

„Bromberger Zeitung“
„Ostdeutscher Lokal-Anzeiger“

Ist in den gebildetsten und besten Kreisen
in Stadt und Land fest eingebürgert als
das grösste und angesehenste national-
liberale Organ in der Provinz Posen.

Der Bezugspreis beträgt trotz des über-
aus reichhaltigen Inhalts in Bromberg
frei ins Haus nur 2 Mk., in Bromberg
abgeholt nur 1,75 Mk., auswärts durch die
Post bezogen nur 2 Mk. vierteljährlich.

Der reiche Lesestoff aller Art, den die
„Ostdeutsche Presse“ täglich bringt, findet
noch eine sehr erhebliche Ergänzung durch

vier Gratisbeilagen

1. das „Illustrierte Sonntagsblatt“,
2. das „Unterhaltungsblatt“,
3. die „Bromberger Verkehrs-Zeitung“,
4. die Verlosungsliste (14 tágig).

Ende Septemb. resp. Anfang Oktober wird
unentgeltlich beigelegt der

Taschensfahrplan f. d. Ostprovinzen.

In Anbetracht dieser Fälle des Lesestoffs
ist die „Ostdeutsche Presse“ bei ihrem
Preise von nur 2 Mark viertel-
jährlich zweifellos mit die

billigste Zeitung

des deutschen Ostens.

Probennummern stehen gratis und franko zur Verfügung.

Politische Wochenschau.

Die vergangene Woche stand in der inneren
Politik im Zeichen des „Leeren Geredes“.
Es war ein leeres Gerede, als ein großes sozial-
demokratisches Organ noch am Tage des Beginns
des Parteitages stolz erklärte, die Sozialdemo-
kratie sei die einzige Partei, die alle inneren
Schwierigkeiten in breiter Öffentlichkeit er-
ledige; der Parteitag strafte dieses Gerede scharf,
denn der Hauptstreitpunkt wurde einer Kom-
mission übertragen. Es war leeres Gerede, wenn
der Abgeordnete Stadthagen versprach, er werde
künftighin im Reichstage noch „ruppiger“ auf-
treten, denn das ist nicht möglich. Es war leeres
Gerede, wenn zur Frage der Minister und des
Generalstaates Resolutionen angenommen
wurden, die, so mannhaft sie klingen, doch nur
einen papierenen Wert besitzen. Aber auch außer-
halb des sozialdemokratischen Parteitages gab es
müßiges Gerede. Der „Berl. Lokalan.“ behauptete
den baldigen Sturz des Ministers Möller, um
sich am Tage darauf von dem Minister attestieren
zu lassen, daß diese Nachricht nur müßiges Gerede
wäre. Viel bedauerlicher aber als die falsche
Meldung des „Lokalanzeigers“ war das müßige
Gerede der „Köln. Volksztg.“ über die Zustände
im Kolonialamt. Von der Kolonialabteilung dazu
gebrängt, brachte sie das Material für ihre Be-
schuldigungen vor. Dieses Material aber war
nicht nur dürftig, sondern es war auch, wie die
Kolonialabteilung nachweisen konnte, falsch. War
es an sich schon nicht schön, wenn das rheinische
Blatt seine Vorwürfe zu einer Zeit erhob, wo sich
tausend Schwierigkeiten in unseren kolonialen An-
gelegenheiten erheben, so war diese Handlungs-
weise doppelt verdammenwert durch die Leicht-
fertigkeit, mit der sich das Blatt von seinem „Ge-
währsmann“ hineinlegen ließ. Es wird wohl
künftighin in der Wahl seiner Gewährsmänner
etwas vorsichtiger verfahren.

Einen Gewährsmann fragwürdiger Art scheint
auch das Reutersche Bureau zu besitzen, das sich
aus Südwafrika eine Tatarennachricht über eine
angebliche Schlacht der Deutschen melden ließ.
Freilich, wenn es Ungünstiges über Deutschland
zu berichten giebt, dann sind auch sonst gewissen-
hafte englische Bureaus nicht sehr sorgsam in der
Nachprüfung der ihnen zugehenden Meldung.

Deshalb kann es auch nicht Wunder nehmen, wenn
die englische Presse immer wieder Alarmnachrich-
ten über das Stöcken oder gar ein Scheitern der
deutsch-französischen Verhandlungen über die
Marokkofrage bringt. Wichtig ist nur, daß diese
Verhandlungen langsam vorankommen, aber noch
spricht nichts dafür, daß dabei das Sprichwort
„Was lange währt, wird gut“ keine Geltung erhalten
werde. Dasselbe fann man von den schwedisch-
norwegischen Verhandlungen in Karlstad sagen,
die jetzt endlich nach wochenlangen Vermählungen
der beiderseitigen Delegierten zu einer Verständigung
geführt zu haben scheinen; allerdings muß man hier
auch solchen Nachrichten gegenüber, die sich als
amtlich ausgeben, Vorsicht üben, da schon einmal
angeblich amtlich eine Verständigung in dem
Unionsstreite gemeldet worden war, die sich später
als falsch erwies. So viel darf man aber wohl
schon heute behaupten, daß es zwischen den beiden
stammverwandten Völkern zu einem Kriege nicht
kommen wird. Beide Völker sind zu verständig,
um wegen verhältnismäßiger Appalaten „inen
Krieg zu beginnen. Ob auch in Ungarn „Was
lange währt, gut werden“ wird, ist allerdings eine
andere Frage. Nahezu drei Vierteljahre dauert
bereits der Streit zwischen der Regierung und der
Mehrheit der Volksvertretung, aber noch ist keine
Einigung gefunden. Auch in der vergangenen
Woche hat eine Bepredung zwischen dem Könige
und hervorragenden ungarischen Politikern statt-
gefunden, ohne zu einem befriedigenden Ergebnis
zu führen. Die Krone hat das Ministerium
Fejervary, das bei der gegenwärtigen Mehrheit
besonders verhasst war, gehen lassen und sie hat es
verabsäumt, sich dafür eine Gegenleistung von der
Parlamentmehrheit auszuwirken. Das „Haus
Habsburg“, von dem man nach dem Ausspruche
Schillers keinen Dank erwarten darf, hätte selbst
nicht die Dankbarkeit der Ungarn als Faktor in
seine Berechnungen einstellen, sondern sich lieber
gute Garantien von der ungarischen Parla-
mentmehrheit geben lassen sollen.

Revolutionäre Fanfaren.

Nach den dünnen vier ersten Tagen des sozial-
demokratischen Parteitages ließ Bebel am fünften
Tage ein blutgrotes Fanal aufklingen, welches
der kommenden Revolution voraus leuchten soll.
Den genannten Zeitpunkt, wann die breiten Massen
in eine gewalttätige Revolution hineingerissen
werden können, verhillt der heißblütige Bebel dies-
mal kühlig. Mit seiner Prophezeiung für den
„großen Kladderadatsch“ auf das Jahr 1898 hat er
gründliches Fiasco erfahren. Deshalb baut er
seine jetzigen Prophezeiungen nur auf Hypothesen
auf; aber seine hinreichende Beredsamkeit wußte den
Genossen diese Hypothesen bereits als gegebene
Tatsache zu suggerieren, und so stand der sozial-
demokratische Parteitag im Widerstreit der nahe-
henden Revolution; die Gemüter erhitzen sich immer
mehr und mehr; nur einige Genossen bewahrten
kühles Blut und fanden sogar den Mut, vor dem
gefährlichen Spielzeug mit der Revolution zu warnen
— sie wurden verlacht und verhöhnt, verhöhnt
am meisten von den Genossinnen Rosa Luxemburg,
die sozialdemokratische Walfire, rief dem Genossen
Seine wußtschaubend zu: „Bis jetzt ist das Blut
des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt
worden, und jetzt, wo sie zum ersten Male ihr Blut
für die eigene Klasse lassen sollen (!), da kommen
vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und
sagen: Nein, dies Blut ist uns zu teuer!“ Und
Regien, der anscheinend den politischen Massenstreik
oder den Generalstreik nicht will, sagte: „Kommt
der Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen
will, dann bedeutet das den Anfang der Revolution.“
Gehen die Massen einmal auf die Straße, dann
giebt es kein „Zurück“ mehr, dann heißt es: „Weg-
en oder Brechen!“ Aber Regien, welcher zu den wen-
igen Genossen zählte, welche der Resolution Bebel
nicht zustimmten, schloß mit den Worten: „Soweit
müssen wir unsere Arbeiter erziehen, daß sie in dem
Momente, wo auf sie eingehauen wird, auch wieder
hauen.“

So wenig klar die eigentlichen Ansichten der
Redner trotz ihrer blutrünstigen Worte sich er-
kennen ließen, so unendlich auch die Stellung der
Gewerkschaften sich zu erkennen giebt, darf darüber
doch keine Täuschung herrschen, daß die Gewerk-
schaften sich jetzt gänzlich im Bebelischen Fahrwasser
bewegen.

Auf dem Gewerkschaftskongresse in Köln
nannte man den Generalstreik einen „General-
unfinn“ und hier in Jena jubelt man dem General-
streik oder dem politischen Massenstreik zu, und
Bebel, der vor nicht allzu langer Zeit die Gewerk-
schaften als den Ruin bezichnete, begrüßte sie jetzt

als die geeignetsten Werkzeuge, um den Massen-
streik und mit ihm die Revolution zu verwirklichen.
Infolge dieser inneren Widersprüche ist es mit der
Bebelischen Resolution auf dem Parteitage noch
lange nicht abgetan. Und wann nimmt Bebel das
Recht und den Zwang zum Massenstreik in An-
spruch? Der Kern der Resolution befragt: Wenn
man den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht und
das Koalitionsrecht nehmen will, dann ist das ge-
eignetste Mittel dagegen der Massenstreik, der —
wie alle Genossen zustimmend anerkennen — die
Revolution im Gefolge haben muß. Wer aber will
das allgemeine Reichstagswahlrecht, wer das Ko-
alitionsrecht der Arbeiter vernichten? Wer hat den
Arbeitern das allgemeine Reichstagswahlrecht er-
ungen? Eine Genosse mußte bemerken, daß es
ihnen „in den Schoß gefallen“, ihnen freiwillig bei
Gründung des neuen Deutschen Reiches gegeben
ward! Bebel treibt hier mit seinem hypochondrischen
„Wenn“ ein frivoles Spiel mit den gefährlichsten
Volksleidenschaften, wie mit dem Gut und Blut
der Arbeiter. Sagen die Lehren des letzten ge-
waltigen Bergarbeiter-Ausstandes nicht, wie wenig
die Führer des Massenstreikes die Massen auch
wirklich in der Hand haben? Die Sozialdemo-
kratie stand doch diesem Ausstand so gut wie rat-
los gegenüber und sie hat durch ihre Agitation erst
später die politischen Konsequenzen aus ihm ge-
zogen; ihre jetzigen Erfolge des Stimmengewinnes
im Wahlkreise Essen beruhen wahrlich nicht in der
„Führung“ des damaligen Massenstreikes.

So blutig die am Freitag zu Jena gefallenen
Worte die bürgerlichen Parteien auch anwehen
mögen, — es gilt, diesen revolutionären Fan-
faren gegenüber ihren Sinn zu bewahren. Vor
allem sei vor jenen unheilvollen „Scharfmachern“
gewarnt, welche schon jetzt wieder die Klänge der
Geheißgebung zu einem neuen Sozialistengeleck er-
greifen möchten. Dann ständen wir in der Tat am
Vorabend einer Revolution!

Die Verschärfung der ungarischen Krise.

Die angefündigte Audienz der Führer der
ungarischen Opposition in der Wiener Hofburg hat
am Sonnabend stattgefunden. Sie führte indes-
sen nicht zu einer Verständigung zwischen der Krone
und der Abgeordnetenhausmehrheit, sondern zu
einer Verschärfung der Krise. Kaiser Franz Josef
hat die Delegierten selbst nicht zu Worte kommen
lassen, sondern ihnen eine Art Ultimatum ge-
stellt, enthaltend die Bedingungen, unter denen
allein er bereit wäre, ein Ministerium aus den
Reihen der Opposition zu ernennen. Das Ulti-
mum enthält keine neuen Zugeständnisse in der
Armeefrage, und in der Wirtschaftsfrage zeigt sich
die Krone weniger entgegenkommend als bisher.
Nach einer Audienz von vier Minuten verwies der
Kaiser die Oppositionsführer an den gemeinsamen
answärtigen Minister Grafen Soluchowski be-
hufs weiterer Unterhandlungen. Da indessen die Un-
garn nur mit einem Ungarn unterhandeln wollten,
wurde später der Obersthofmarschall Graf
Cziraky als Vertrauensmann der Krone be-
stellt. Dessen Verhandlungen mit den Führern
der Opposition führten indessen zu keinem Re-
sultat. Die Oppositionsführer erklärten, daß sie
auf Grundlage der kaiserlichen Vorschläge die Ver-
handlungen fortzusetzen nicht in der Lage wären.
Als Graf Cziraky die parlamentarischen Führer
gestern zum zweiten Male aufsuchen wollte, waren
diese bereits abgereist.

Nachdem auch diese Verhandlungen sich zer-
schlagen haben, muß abgewartet werden, welchen
Weg die Krone weiter einzuschlagen gedenkt, um
die Lage in Ungarn zu entwirren. Einerseits
heißt es, daß ein neues Geschäftsministerium er-
nannt werden soll, andererseits taucht im Hinter-
grunde wieder der „Starke Mann“ auf, der den
gordischen Knoten gewalttham entwirren soll, und
zwar diesmal in der Person des Grafen Khuen-
Hedervary, der bekanntlich schon einmal kurze Zeit
Ministerpräsident war. Wir verzeichnen bezüglich
der letzten Phase der Krise die folgenden Mel-
dungen:

Wien, 23. September. Der Kaiser hat heute
vormittag gegen 11 Uhr in der Hofburg die Herren
Graf S. Andrássy, Graf Ab. Apponyi, Baron
Banffy, Franz Kossuth und Graf Aladar Zichy
empfangen, dieselben als Vertreter der Majorität
aufgefordert, auf Grund eines annehmbaren, in
voller Berücksichtigung der von der Krone gestellten
Bedingungen ausgearbeiteten Regierungspro-
gramms Vorschläge zur Bildung eines parlamen-
tarischen Kabinetts zu machen. Diese Bedingungen
lauten folgendermaßen:

1. Die militärischen Fragen, insofern sie die
Kommando- und Dienstsprache betreffen, und in

welchen eine Nachgiebigkeit absolut ausgeschlossen
ist und bleibt, werden aus dem Programm
ausgeschaltet.

2. Die Grundlagen der pragmatischen Gemein-
samkeit, sowohl in bezug auf die Armee, als auch
auf die auswärtigen Vertretungen bleiben voll-
kommen unberührt.

3. Eine Revision der 67er Basis, sofern es sich
um wirtschaftliche oder sonstige das Verhältnis
zwischen Österreich und Ungarn tangierende Fra-
gen handelt, wird nicht einseitig zwischen der Krone
und der ungarischen Nation, sondern nur im Wege
eines von der Sanktion Seiner Majestät abhängi-
gen Kompromisses zwischen beiden Staaten der
Monarchie unter Intervention der beiderseitigen
Regierungen und von ad hoc ernannten Parla-
ments-Deputationen erfolgen.

4. Soll die Verpflichtung übernommen werden,
daß die Kostenbedeckung für jene militärischen For-
derungen, von welchen die letzten Delegationen die
Teilbeträge für die Jahre 1904/05 bewilligt haben
und ferner eine auf Grund der zweijährigen Prä-
senzdienstpflicht einzubringende Wehrvorlage
dotiert werden.

Der Kaiser hielt den obengenannten Herren in
ebenso väterlicher wie eindringlicher Weise die Ver-
antwortung vor, welche sie auf sich laden würden,
wenn die Koalition durch starres Festhalten an
ihrem bisherigen Standpunkt das Streben nach
dem Unerreichbaren einer vernünftigen Befundung
der bisherigen Verhältnisse, mit welchen unjälliches
Leid und Glend über Land und Volk in Ungarn in
immer drohenderer Gestalt einzieht, vorziehen
würde.

Wien, 23. September. Wie die „Neue Freie
Presse“ berichtet, dauerte die Audienz der Führer
der ungarischen Koalition beim Kaiser 4 Minuten.
Nachdem der Kaiser das Programm verlesen hatte,
auf dessen Grundlage er bereit sei, der jetzigen
Reichstagsmajorität die Regierung zu übergeben,
verwies er die Führer an den Grafen v. Solu-
chowski, welchen er hierzu bevollmächtigt habe.

Wien, 23. September. Die Vertreter der
ungarischen Koalition begaben sich um 12½ Uhr
zu dem Minister des Auswärtigen Grafen v. Solu-
chowski und erklärten, sie seien nicht in der Lage,
mit ihm über die schwebenden Fragen in der
ungarischen Krise zu verhandeln, da sie zur Führung
von Verhandlungen nur einen Ungarn für kom-
petent erachteten.

Wien, 23. September. Nachdem der Kaiser
den Grafen v. Soluchowski empfangen hatte, be-
traute er den Grafen Cziraky mit der Führung der
Verhandlungen mit den Vertretern der ungarischen
Koalition, welche am Nachmittag stattfinden sollen.

Wien, 24. September. Obersthofmarschall
Graf Cziraky ist heute früh um 8 Uhr vom Kaiser
in Audienz empfangen worden. Um 10 Uhr vor-
mittags findet eine Bepredung des Grafen Czi-
raky mit den Vertretern der Koalition statt.

Wien, 24. September. Die Bepredung des
Grafen Cziraky mit den Führern der Koalition
dauerte 1½ Stunden. Cziraky begab sich hierauf
zum Kaiser, um ihm Bericht zu erstatten und
eventuelle Weisungen betreffend die Fortführung
der Verhandlungen einzuholen.

Wien, 24. September. Die Audienz, in der
Graf Cziraky heute mittag dem Kaiser über seine
Bepredungen mit den Vertretern der Koalition
berichtete, dauerte eine Stunde. Nachmittags um
3 Uhr traten die Grafen Andrássy und Zichy sowie
Baron Banffy und Franz Kossuth die Rückreise
nach Budapest an, während Graf Apponyi sich zu
seiner Familie nach Weidlingau begab. Kurz nach
der Abreise der Koalitionsführer erschien Graf
Cziraky in deren Hotel und gab, da er sie nicht mehr
antraf, nur seine Visitenkarte ab.

Budapest, 24. September. Die Führer der
Koalition übergaben anlässlich der Wiener Kon-
ferenz mit dem Grafen Cziraky demselben eine
schriftliche Erklärung, nach der sie nicht in der Lage
sind, auf Grundlage der von dem Könige gestellten
Bedingungen die Regierung zu übernehmen, da
dies mit ihrer persönlichen Überzeugung, mit dem
Standpunkte der parlamentarischen Mehrheit und
ihrem von der Nation bei den Wahlen erhaltenen
Mandat in Widerspruch stehe.

Budapest, 24. September. Sämtliche Blätter
ohne Unterscheidung der Partei besprechen in ruhiger
Form die gestrigen Ereignisse und bezeichnen die
Bedingungen des Königs als ein Ultimatum,
welches für die ungarische Nation unannehmbar sei,
weil sie den ungarischen Gesetzen zuwiderliefe. Die
liberalen Organe machen die Koalition dafür ver-
antwortlich, daß Ungarn vor der Gefahr eines
absolutistischen Regimes stehe. Alle Blätter sind
darin einig, daß die Nation sich nicht zu Unbe-
sonnenheiten hinreizen lassen dürfe; ihre beste
Waffe sei das Gesetz.

